

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS/Linke Liste

zur Vereinbarten Debatte zur Asylpolitik und Ausländersituation

Der Bundestag wolle beschließen:

In Erwägung, daß in der Zeit der Kampagne gegen das Asylrecht – also von August bis September diesen Jahres – 262 Straftaten von Neofaschisten gegen Ausländer und Ausländerinnen verübt worden sind,

in Erwägung, daß damit die Zahl der Straftaten aus den vorhergegangenen sieben Monaten übertroffen wird, und somit ein direkter Zusammenhang zwischen den Anschlägen und der Kampagne gegen das Asylrecht besteht,

in Erwägung, daß neofaschistische Parteien, u. a. die Republikaner, schon seit langem – z. B. in ihrem Bundesparteiprogramm von 1987 und in ihrem Wahlprogramm von 1989 – bezüglich des Asylrechts fordern: „Familienzusammenführung im Herkunftsland“; „Asyl nur für wirklich politisch Verfolgte“; „Erhebliche Verkürzung des Asylverfahrens“; „Unverzögliche Abschiebung von rechtskräftig abgelehnten Asylbewerbern“; „keine Geldmittel für Asylbewerber“,

ruft der Deutsche Bundestag alle Parteien auf, die Angriffe auf den rechtlichen Schutz von Asylbewerbern und Asylbewerberinnen und Flüchtlingen sofort einzustellen.

Der Deutsche Bundestag ruft alle Menschen auf, Hab, Leib und Leben der Flüchtlinge und Immigranten und Immigrantinnen in diesem Land zu schützen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, umgehend alle Maßnahmen zu ergreifen, um die ökonomische Ausplünderung und ökologische Zerstörung der Länder der sogenannten „Dritten Welt“ sofort zu stoppen. In diesem Sinne soll die Bundesregierung auch in allen internationalen Gremien wie der Weltbank, dem IWF usw. tätig werden.

Bonn, den 16. Oktober 1991

Ulla Jelpke
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Pogrome beginnen im Kopf, und Politiker, die von einer „Durchrassung“ (Staatsminister des Innern, Dr. Edmund Stoiber, CSU) der Gesellschaft sprechen oder die die Ansicht vertreten, daß „Asylanten für Europa gefährlicher als die Rote Armee in den Zeiten des Kalten Krieges“ sind und der „europäischen Kultur ein Ende“ (Steffen Reiche, SPD-Landesvorsitzender von Brandenburg) setzen könnten, haben sich damit selber weit von Positionen der Demokratie entfernt und haben damit das Vokabular der Neofaschisten übernommen. CDU-Politiker wie der CDU-Fraktionschef von Wuppertal und MdL Lichtenberg und der CDU-Stadtverband Herzberg, die zu Aktionen des „zivilen Ungehorsams“ gegen Flüchtlinge aufrufen, aber auch SPD-Politiker wie der Bürgermeister von Bad Urach, Pascher, die „demnächst ausflippen und mit Handgranaten im Rucksack nach Stuttgart ziehen“, zeigen den Neofaschisten die konkreten Handlungsmöglichkeiten auf.